

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **17. April 2018** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.50** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Steffen Seibert (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:

**Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Arnold**

Zu TOP 3:

**Klaus Heidemann, komm. Leiter
Polizeirevier Waldstadt**

**Michael Neumann, Leiter Polizeiposten
Neureut**

**Helge Wächter, Sachgebietsleiter
Öffentliche Sicherheit und Ordnung,
Ortsverwaltung Neureut**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **09.04.2018** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **12.04.2018** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: **Zusammensetzung des Ortschaftsrates: Feststellung des Nichtvorliegens von Hinderungsgründen des für Frau Dr. Hugenschmidt nachfolgenden Herrn Hubert Kast
schriftliche Vorlage Nr. 76/2018ntes**

Nachdem Dr. Stephanie Hugenschmidt, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Neureuter Ortschaftsrat, aus dem Gremium ausgeschieden ist, rückt **Hubert Kast** gem. §31 Abs.2 der Gemeindeordnung als nächster Ersatzbewerber der Vorschlagsliste der Grünen zur Ortschaftsratswahl am 25.05.2014 ab dem 17. April 2018 für die restliche Amtszeit in den Ortschaftsrat nach. Dafür muss der Ortschaftsrat nach der Gemeindeordnung (§29 Abs. 5) feststellen, dass bei Hubert Kast kein Hinderungsgrund gem. §29 Abs.1-4 der Gemeindeordnung vorliegt.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stellt gem. §29 Abs. 5 GemO fest, dass bei Herrn Hubert Kast kein Hinderungsgrund gem. § 29 Abs. 1-4 vorliegt.

Zu Punkt 2 der T.O.: **Verpflichtung von Herrn Hubert Kast als Ortschaftsrat
schriftliche Vorlage Nr. 77/2018**

Anschließend verpflichtet der Vorsitzende Hubert Kast auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten durch Handschlag unter Ablegung des folgenden Gelöbnisses: *„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Gemeinde und der Ortschaft Neureut gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern“.*

Danach nimmt der frisch verpflichtete Ortschaftsrat seinen Platz im Gremium ein.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Sicherheitslage in Neureut – Bericht des Polizeireviers Karlsruhe-Waldstadt
mündlicher Vortrag**

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende **Klaus Heidemann, kommissarischer Leiter des Polizeireviers Waldstadt, Michael Neumann, Leiter des Neureuter Polizeipostens** und den **Sachgebietsleiter für Öffentliche Sicherheit und Ordnung bei der Ortsverwaltung Neureut, Helge Wächter** , herzlich.

Zur Sicherheitslage 2017 in Neureut verkündet Heidemann, dass man in Neureut sicher lebe und beweist dies auch mit einer Abnahme der Fallzahlen um 3,5 %, von 659 auf 636 Straftaten (– 23) gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Heidemann, zu dessen Revier auch der Neureuter Polizeiposten gehört, sowie Michael Neumann, stellen dem Gremium aktuelle Zahlen und Fakten für Neureut vor. Dabei führt Heidemann aus, dass in ganz Baden-Württemberg wie auch bei der Stadt Karlsruhe die Straftaten abgenommen haben. Und so zeigt auch die Kriminalitätsbelastung im Stadtteil-Vergleich, dass Neureut kurz vor den sogenannten „Bergdörfern“ auf einem guten Platz in der Statistik rangiert.

Die prozentualen Anteile der einzelnen Deliktsbereiche präsentiert der Leiter des Reviers ebenfalls an diesem Abend: Dabei ist Diebstahl insgesamt mit 48,4% vertreten, darunter schwerer Diebstahl mit 33 %, dies schlug sich in der Statistik ebenso nieder wie sonstige Straftaten 26, 1%, einfacher Diebstahl 15,4 %, Betrug 12,1%, Körperverletzung 7,9 % und Rauschgiftdelikte 5,5%.

Nicht so gut sieht es allerdings bei der Aufklärungsquote aus, die sich im Zehnjahresvergleich mit 38,4 % leider verringert habe. Einen Zusammenhang stellt Heidemann hier mit den um 127,5 % (von 51 auf 116 Fälle) gestiegenen „schweren Fahrraddiebstahl“ her. Hierzu liefert auch Michael Neumann eine Erklärung: Es werden immer höherwertige Fahrräder gekauft. Wenn nun ein Fahrrad für 1000 bis 3000 € gestohlen werde, komme es eher zu einer Anzeige, wie wenn ein Rad nur etwa 200 € gekostet habe.

Die Entwicklung der Straftaten in Neureut zeigt die weiteren markanten Bereiche auf: So ist der Diebstahl an KFZ von 16 auf 25 Taten (56,3%) gestiegen, Betrugsdelikte gingen um 20,3% auf 77 in die Höhe und auch die Rauschgiftdelikte sind von 33 auf 35 angewachsen, was einer Zunahme von 6,1% entspricht. Es sei jedoch in Neureut keine offene Szene vorhanden. Es handle sich hierbei auch um keine harten Drogen. Erfreuliches gibt es dagegen von den Wohnungseinbrüchen zu vermelden – hier sank die Zahl um 41,7% auf 21. Dies konnte durch einen massiven Personaleinsatz sowie Bündelung der Kräfte erreicht werden, wie der Revierleiter erklärt. Jedoch sei es schwierig, dies auch auf Dauer durchzuhalten, meint er im Hinblick auf die begrenzten personellen Ressourcen. Und Heidemann weist auch noch auf ein Phänomen hin: Viele Tatorte bei Fahrraddiebstählen, aber auch bei Wohnungseinbrüchen, befinden sich in der Nähe der Stationen öffentlicher Verkehrsmittel. Dies weist darauf hin, dass die Täter eventuell mit öffentlichen Verkehrsmittel an- und abreisen.

Ein Rückgang um 10,6% fand auch bei der Sachbeschädigung statt – hier sanken die Zahlen von 85 auf 76.

Um 10 sind ebenfalls die Körperverletzungsdelikte in 2017 auf 50 gegenüber 2016 zurückgegangen.

Zudem erfolgen noch Aussagen zur Täterstruktur in Neureut: Unter den 230 ermittelten Tatverdächtigen seien 73 % (169) Deutsche, Nichtdeutsche Tatverdächtige sind 61 (27%).

Es sind insgesamt 2162 Ereignisse vom Polizeiposten bearbeitet (ohne Straftaten) worden, listet Heidemann auf, davon waren beispielsweise 64 vermisste Personen, Fehlalarme 56, Vorführbefehle 55, Streitigkeiten 53, Ruhestörungen 45, Gewahrsamnahmen 13, Führerscheindelikte 12, Kleinstunfälle 151 (davon 5 Wildunfälle), Verkehrsunfälle mit Sachschaden 109 (inklusive Unfallfluchten), Verkehrsunfälle mit Personenschaden 40 (mit 1 Toten 12 Schwer- und 34 Leichtverletzten).

Als Resümee zieht Heidemann am Ende seiner Ausführungen, ein Rückgang der Straftaten sei insgesamt vorhanden, wie bei Wohnungseinbruchdiebstahl, Körperverletzungen, einfachen Diebstahl. Dagegen gibt es einen deutlichen Anstieg bei Fahrraddiebstahl. Die Kriminalitätsbelastung (Straftaten pro 1000 Einwohner) sei in Neureut unterdurchschnittlich.

Dank für die Leistungen der Polizei spricht **Ortschaftsrat Herbert Böllinger** aus. Der Ortschaftsrat höre es fast jedes Jahr, man lebe in Neureut zwar nicht auf der „Insel der Glückseligen“, dennoch stehe man gut da. Ihn habe gefreut, dass der Bereich der Sachbeschädigung besonders betrachtet worden sei, was er in den vergangenen Jahren immer wieder beanstandet habe, da dies nicht richtig deutlich geworden sei. Denn Sachbeschädigungen werden von vielen Menschen wahrgenommen. Wie von Heidemann bereits erwähnt, sei die „gefühlte Sicherheit“ etwas anders als die tatsächliche. Und gerade bei den Sachbeschädigungen stellen die Menschen fest, dass etwas passiere. Er könne sagen, dass die gefühlte Sicherheit nicht so gut sei wie die tatsächliche, so wie sie heute dargestellt wurde. Böllinger entnimmt den Ausführungen, dass die Personaldecke im Polizeirevier sehr knapp sei. Deshalb sollte man vom Ortschaftsrat die Initiative ergreifen und anregen bzw. für eine Aufstockung sorgen, damit die Personaldecke nicht so knapp sei, schlägt er vor.

Er dankt allen Polizeikolleginnen und – kollegen für ihren Einsatz und ihre Präsenz. Natürlich wünsche man sich noch mehr Präsenz – was mit der Vermittlung von Sicherheit zu tun habe.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber betont, es sei erfreulich, dass die Wohnungseinbrüche dank der Präsenz und Maßnahmen der Polizei zurückgegangen seien. Denn das sei ein Delikt, welches die Menschen besonders verunsichere und deshalb sei es wertvoll, wenn hier Erfolge zu verzeichnen seien. Wegen der Fahrraddiebstähle weist sie auf die in Neureut in der Vergangenheit durchgeführten Codierungsaktionen hin, was hinsichtlich der Aufklärungsquote eine positive Beeinflussung darstellen könnte und regt an, diese wieder durchzuführen.

Jedenfalls habe die Polizei ein umfangreiches Pensum zu erfüllen, wobei sie auch hoffe, dass die Personaldecke stärker werde, um die zahlreichen Überstunden abbauen zu können.

Ortschaftsrätin Karin Heidke schließt sich ihren Vorrednern an und unterstreicht, es sei schön, dass die Wohnungseinbrüche zurückgegangen seien. Dies sei auf Präsenz und Aufklärungsarbeit der Polizei zurückzuführen.

Erschüttert zeigt sie sich wegen der hohen Zahl der Fahrraddiebstähle in Neureut. Dennoch werde man sich durch die gute Arbeit der Polizei weiterhin in Neureut sehr sicher fühlen.

Ortschaftsrat Ole Reher meint, in Neureut sei man nicht ganz weit weg von der „Insel der Glückseligkeit“, im Hinblick auf eine Äußerung von Ortschaftsrat Herbert Böllinger (CDU). Ein ganz wichtiger Punkt für Neureut sei der Rückgang der Einbruchskriminalität gewesen. Hier existierten in der Bevölkerung große Ängste. Man sei dankbar dafür, dass die Polizei gerade in diesen Bereich Präsenz zeige und dadurch vorbeugend dagegen angehe.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt den Bericht des Polizeireviers Karlsruhe-Waldstadt zur Sicherheitslage in Neureut zur Kenntnis

Zu Punkt 4 der T.O.: **Einrichtung eines Bolzplatzes in der Wiltraud-Rupp-von-Brünneck-Anlage**
Hier: Antrag von der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom
09.03.2018
schriftliche Vorlage Nr. 78/2018

Für die **antragstellende SPD** erklärt **Ortschaftsrätin Irene Moser**, dass nach Meinung ihrer Fraktion in Kirchfeld Nord der Bedarf an einem Bolzplatz groß sei. Durch den Zuzug von Familien gebe es mittlerweile viele ältere Kinder, die neben dem Vereinssport in ihrer Freizeit gerne kicken wollten. Die Grünfläche südlich des

Fortuna Trainingsgeländes ist im Bebauungsplan als Ballspielfläche ausgewiesen. Bereits 2016 sind zunächst zwei „Stangen-Tore“ (in Autoreifen einbetonierte Pfosten ohne Latte und Netz) installiert worden. Gelegentlich mäht die Ortsverwaltung im Rahmen ihrer Kapazitäten den Rasen.

Dieser provisorische Bolzplatz werde von den Kinder und Jugendlichen Kirchfeld Nords sehr gut angenommen, allerdings sei es dringend notwendig, die provisorischen „Tore“ durch vollverschweißte Fußballtore zu ersetzen, da diese marode sind. Die SPD-Ortschaftsratsfraktion beantragt im Interesse von mehr Bewegung von Kindern und Jugendlichen, die Ausstattung des Bolzplatzes mit zwei vollverschweißten Toren durch die Verwaltung. Zudem bat die Fraktion um Überprüfung, ob weitere Bolzplätze in Neureut ertüchtigt werden müssten.

Der Vorsitzende erläutert, er habe sich besonders über den Antrag gefreut. Denn im Bereich der Wohnquartiere an der Abraham-Lincoln-Allee auf der Grünfläche Richtung Wald sei ein Biotop eingerichtet. Und dort spielen auch Kinder Fußball. Da die Flächen als Biotop angelegt wurden, ist dies dort nicht erlaubt, da der Bereich dadurch besonders schützenswert sei. Deshalb ist an die Ortsverwaltung herangetragen worden, auf diesem Areal ein Ballspielverbot zu erlassen. Und hier sei es nun eine feine Sache, wenn man einen komfortablen Ersatzplatz ausweisen könne.

Fraktionsvorsitzender Dieter König meint, es sei sichtbar, dass der Platz genutzt werde, die Jugend brauche Flächen und so werde seine Fraktion den Antrag ebenso wie den folgenden CDU-Antrag unterstützen.

In diesem Zusammenhang erinnert er auch an verschiedene Vorschläge der FDP, die auf dem „kleinen Dienstweg“ an die Ortsverwaltung für die Beratung zum Doppelhaushalt im nicht öffentlichen Teil herangetragen wurden. Hier unterbricht der Vorsitzende und verweist auf den jetzt zu behandelnden Tagesordnungspunkt. Gerne könne König seinen Redebeitrag unter „Verschiedenes“ anbringen. Damit zeigt sich Fraktionsvorsitzender Dieter König einverstanden und bittet um Vormerkung.

Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis ergänzt, man könne sicher den Platz in der Alten Friedrichstraße verbessern - hierüber solle man sich auch Gedanken machen.

Auch **Ortschaftsrat Günther Groß** zeigt ebenso wie die weiteren Fraktionen Unterstützung des Anliegens an. Hierdurch könne Biotope geschützt – andererseits auch Spielfläche durch den Antrag geschaffen werden.

Die Verwaltung habe bereits Vorarbeit geleistet, gibt der Vorsitzende bekannt. Kurzfristig – innerhalb weniger Wochen - können die komfortablen Tore beschafft werden und die Gartenbauabteilung werde die Spielfläche entsprechend herrichten.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Antrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion „Einrichtung eines Bolzplatzes in der Wiltraud-Rupp-von-Brünneck-Anlage“ zu.

**Zu Punkt 5 der T.O.: Sanierung der Instrumente des Neureuter
Klangpfades
Hier: Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom
21.03.2018
schriftliche Vorlage Nr. 79/2018**

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht führt dazu in der Sitzung aus, dass auf Initiative von Irma Boss, der jetzigen Vorsitzenden der Bürgervereins Heide, der Klangpfad anlässlich des 300. Geburtstages der Stadt Karlsruhe 2015 als eines der großartigen Projekte in Neureut, eingerichtet wurde. Durch Verwitterung und Vandalismus sind nun in der vergangenen Zeit einige Schäden an den Instrumenten entstanden. Auch aus Sicherheitsgründen gelte es nun, schnell zu handeln, denn die Schäden stellen zum Teil Unfallgefahren dar.

Da im Haushalt für die Instandhaltung der Instrumente keine Mittel eingestellt seien, stelle die CDU-Ortschaftsratsfraktion den Antrag, dass die Ortsverwaltung mit den zuständigen Fachämtern kläre, aus welchen Mitteln die Instrumente instand gehalten werden können. Sollte hier keine Möglichkeit bestehen, bittet die Ortschaftsratsfraktion darum, die Mittel in die laufenden Haushaltsberatungen mit aufzunehmen. Es sei wichtig, den Klangpfad zu erhalten.

Bis zur Klärung und Behebung der Schäden bittet sie ebenfalls um Absperrung von zu stark beschädigten Instrumenten.

Die Geräte sind Eigentum der Stadt Karlsruhe/Ortsverwaltung Neureut. Da die Verkehrssicherungspflicht nun bei der Ortsverwaltung liege, seien entsprechende Instrumente bereits abgebaut worden, informiert hierzu der Vorsitzende.

Ortschaftsrat Thomas Metzger meint, Neureut sei eine musikalische Gemeinde und deshalb auch der Klangpfad sehr wichtig. Einschränkend wünschte er jedoch zu prüfen, ob manche Instrumente an der richtigen Stelle stehen: Grundsätzlich stimme seine Fraktion dem Antrag zu.

An das ehrenamtliche Engagement und das Sponsoring von Neureuter Firmen hinsichtlich der Errichtung des Klangpfades erinnert **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider**, und gab auch die Zustimmung ihrer Fraktion ab. Die Arbeit verdiene Respekt und Würdigung.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber nimmt Bezug zum Vorschlag von Ortschaftsrat Thomas Metzger und regte an, die Kunststoffteile an den Instrumenten durch höherwertige Materialien zu ersetzen.

Ortschaftsrat Klaus Bluck empfindet es ebenfalls als grundsätzlich richtig und wichtig den Klangpfad zu erhalten, jedoch vielleicht nicht an allen Stellen.

Fragen der Finanzierung sind im nicht öffentlichen Teil der Sitzung erörtert worden.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt grundsätzlich dem Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion „Sanierung der Instrumente des Neureuter Klangpfades“ zu.

Zu Punkt 6 der T.O.: **Südfriedhof Neureut, Neuanlage eines
gärtnergepflegten Urnenfeldes
Hier: Ergebnis der Sitzung des
Verwaltungsausschusses vom 10.04.18
schriftliche Vorlage Nr. 80/2018**

Bereits bei der jüngsten Sitzung des Verwaltungsausschusses sei die Planung besprochen worden, so der Vorsitzende und ruft nochmals die Eckdaten des Konzeptes in Erinnerung. So werden im neu anzulegenden Feld 77 Urnengräber sowie sechs Erdbestattungsgräber entstehen mit insgesamt 12 Bäumen. Die Wegbreite beträgt 1,20 Metern, die Einfassungsborde werden in verzinkten Stahl ausgeführt. Eine zusätzliche Rundbank wird zum Sitzen einladen.

Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht freut sich sehr, dass bei der Planung die Anregungen seiner Fraktion zum ersten Entwurf mit aufgenommen wurden. So

habe eine lockerere Gestaltung des Feldes ebenso Berücksichtigung gefunden wie die Möglichkeit einer Sitzbank, was für ältere Menschen sehr wichtig sei. Insgesamt bezeichnet er das Konzept als sehr gelungen. Es sei wichtig, die Planung nun schnell umzusetzen, denn der Bedarf an urnengepflegten Gräberfeldern sei sehr hoch.

Seine Freude über das vorgelegte Konzept drückt ebenfalls **Ortschaftsrat Jürgen Marin** aus. Verschiedene Aspekte, welche mit eingebracht wurden und umgesetzt werden sollten, enthalte die Planung. Dabei wies er unter anderem auf die mit der Neuanlage gewonnene Aufenthaltsqualität für diejenigen Menschen, die die Gräber besuchen, hin.

Auch **Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis** begrüßt den aktuellen Entwurf. Er setze in hervorragender Weise um, was an guten Vorschlägen gemacht worden sei.

Vorbehaltlose Zustimmung zum finalen Vorschlag kommt vom **Fraktionsvorsitzenden Dieter König**. Der Entwurf für das dritte Feld greife auf das vorhandene Urnenfeld 1 in Form und Gestaltung zurück und passe sich daher in die Gesamtanlage hundertprozentig ein. Gerade die in der Mitte angeordneten kreisförmigen Urnengräber und die im Zentrum liegende Rundbank mit dem Baum sowie die darum ebenfalls kreisförmig angelegten Urnengräber spiegeln dessen Charakter. Dass dies in dem geometrisch rechtwinkligen neuen Teil des Süd-Friedhofs gelungen ist, zeige die Qualität der Planung durch das Friedhofsamt. Nachdem entlang der südlichen und nördlichen Mauer noch ausreichend Gräber zur Verfügung stehen, werde auch hier für den Bedarf nach Erdbestattungen vorgesorgt.

Abschließend verspricht der Vorsitzende, die Planung werde schnellst möglich ausgeführt – gerade auch im Hinblick, dass momentan kein einzig freies Grab in dieser Art zur Verfügung stehe.

So wolle man erst mit eigenen Mitteln bzw. Kräften Arbeiten leisten, um danach in Zusammenarbeit mit dem Friedhofs- und Bestattungsamt der Stadt Karlsruhe zeitnah eine beschränkte Ausschreibung zu machen.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt der Neuanlage eines gärtnergepflegten Urnenfeldes, wie vorgestellt, zu.

Zu Punkt 7 der T.O.: **Zweite Rheinbrücke; B 36 Anschluss bei Neureut
Hier: Planungsvorschlag des Neureuter
Ortschaftsrates
mündlicher Vortrag**

Einleitend zum Thema erinnert der Vorsitzende daran, dass der Ortschaftsrat am 18. Januar beschlossen habe, zu der Thematik des Anschlusses bei Neureut einen Arbeitskreis aus Mitgliedern des Ortschaftsrates einzurichten. Dieser habe ein einziges Mal getagt und bereits nach einer Stunde habe sich herauskristallisiert, was hierzu ein geeigneter Vorschlag sein könne.

Der Arbeitskreis B 36 des Neureuter Ortschaftsrates erarbeitete dabei einen Entwurf, der einen möglichen Anschluss in der Nähe des jetzigen Südzubringers vorsehe. In dieser Sitzung stellt der Vorsitzende den Planungsvorschlag anhand einer Skizze vor. Mit diesem Vorschlag bestehe

1.

die Möglichkeit, von der zweiten Brücke kommend vor dem Südzubringer in Fahrtrichtung Süden (Richtung Mühlburg/Nordweststadt/Rheinhafen) auf die B 36 zu fahren

2.

Die Auffahrt auf die B 36 Richtung Norden (Mannheim) soll zwischen dem jetzigen Südzubringer und der Brücke Bachenweg über ein neu zu erstellendes Brückenbauwerk erfolgen.

Somit wäre es technisch nicht möglich, den entstehenden Verkehr über den Südzubringer durch den Stadtteil Neureut zu führen.

Einziger Nachteil des Planungsvorschlags sei, dass eine direkte Zufahrt zur eventuellen 2. Brücke aus dem Stadtteil Neureut jedoch lediglich über den Nordzubringer erfolgen könne. Es wäre aber nach wie vor möglich, dass der Verkehr aus Neureut (südlicher Teil, Heide) auf die B 36 über den bestehenden Südzubringer erfolgen kann.

Bei den sich anschließenden Stellungnahmen bekräftigt **Ortschaftsrat Herbert Böllinger**, Ziel müsse sein, Verkehr aus Neureut herauszuhalten. Bereits jetzt sei Neureut im Bereich Welschneureuter Straße, Klammweg etc. sehr stark belastet. Der vorliegende Vorschlag sei die Lösung, mit der dieses Ziel erreicht werde. Auch wies er in diesem Zusammenhang auf die zusätzliche künftige Bebauung Neureuts hin, wo weitere Verkehrsprobleme für Neureut entstehen könnten und wahrscheinlich

können. Umso wichtiger sei es, diese Lösung durchzusetzen. Und so erteilt er die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Planungsvorschlag.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber urteilt den Entwurf als wichtigen Schritt, um die Welschneureuter Straße und die anschließenden Straßen von Zusatzverkehr freizuhalten. Es sei aber auch wichtig, nicht allen Mehrverkehr nach Norden zu führen. Deswegen sehe sie auch den Abfluss nach Süden als wichtige Entlastung an. Deshalb wäre es auch hilfreich, wenn eine Möglichkeit gefunden werden könnte von Süden auf diese Zufahrt zu fahren – dies müsse aber die weitere Planung ergeben. Bereits jetzt solle man darauf drängen, dass bei der Ausfahrt Neureut Nord Lärmschutzmaßnahmen möglicherweise schon beim Scoping-Verfahren bedacht und eingefordert werden. Und zwar sollten generell auf der B 36 auf der Gemarkung Neureut als Lärmschutzmaßnahme Geschwindigkeitsbegrenzungen eingeführt werden. Zudem erwähnt sie noch den geplanten vierspurigen Ausbau der Verbindung, was ein neues Faktum sei. Dies werde die Verbindung sicher so attraktiv machen, dass ein erheblicher Mehrverkehr zu erwarten sei. Deshalb fordere ihre Fraktion, sich nicht nur wegen des Flächenverbrauchs auf einen zweispurigen Ausbau zu beschränken.

Ortschaftsrätin Dr. Dorothea Hansis untermauert, der vom Arbeitskreis erstellte Vorschlag vermeide, dass unerwünschte Verkehrsströme innerorts nach Neureut gelegt werden. Dies sei damit auch gelungen. Auch die Grünen haben sich Gedanken darüber gemacht, dass man die Anbindung doch eher zwei- statt vierstreifig machen könnte. Zudem sollten Lärmschutzmaßnahmen aus Sicht der Grünen unbedingt von Anfang an bedacht werden und nicht erst im Nachgang oder provisorisch. Dazu gehörten, wie bereits von der SPD erwähnt, Bauwerke und ganz wichtig Geschwindigkeitsbegrenzungen dazu, betont Dr. Hansis. Die Lärmbelastung im Norden werde steigen, auch wo jetzt bereits Wohnbebauung sei, und dies wird der LKW-Verkehr vor allem zu verantworten haben. Im Prinzip stimmen die Grünen dieser Lösung zu.

Fraktionsvorsitzender Dieter König betont, es gehe heute ausschließlich um die Querspange mit dem für Neureut „optimalen“ Anschluss an die B 36. Dazu seien im Rahmen des Scoping-Verfahrens vier Strecken vom Regierungspräsidium vorgeschlagen, die an zwei Stellen auf die B 36 führen. Unter der absoluten Prämisse - kein zusätzlicher Verkehr in der Welschneureuter Straße etc., habe sich

der Ortschaftsrat in der Vorberatung gemeinsam für den vorgestellten Anschluss ausgesprochen. Voraussetzung sei, dass die Streckenführung von Norden und von Süden auf die B 36 verlaufe, ohne dass die Welschneureuter Straße direkt eingebunden sei. Die nördliche Abfahrt von der Rheinbrücke ist mit einem Brückenbauwerk über die B 36 sicherlich realisierbar, dennoch wird es für die Verkehrs- Straßenplaner eine große Herausforderung den gesamten Anschluss in unserem Sinne umzusetzen“. Mittel – langfristig müsse der gesamte Verkehr über eine Nordumfahrung, über die L 604 geleitet werden. Eines sei jedoch zwangsläufig die Folge, eine Auffahrt aus Neureut-Süd auf die neue Rheinbrücke ist nicht möglich, aber das sei sicher im Sinne aller Anlieger in der Welschneureuter Straße, Neureuter Hauptstr. und der Heide, wobei immer noch zwei Wege in die Pfalz offen sind. Zum einen, über die alte Brücke oder über den Nordzubringer zur neuen Rheinbrücke.

Bei der Streckenführung von der Rheinbrücke zum Anschluss – Höhe Welschneureuter Str. – ist unter den zwei möglichen Varianten zu wählen, die den Naturschutz am besten gewährleistet.

Ortschaftsrat Klaus Bluck macht darauf aufmerksam, der Planungs- und Betrachtungsraum des Regierungspräsidiums beginne bei der Sudetenstraße und gehe bis ungefähr 600 Meter nördlich des Südanschlusses der B 36. Dabei sei ganz wichtig, dass der Anschluss nicht vor dem Südanschluss stattfinde, weil dann der zufahrende Verkehr nach Neureut einfließen könne. Es gehe darum, dies zu verhindern. Außerdem sei ganz wichtig, dass dadurch eine mögliche Nordtangente verhindert werden könne, denn diese sei immer noch nicht vom Tisch. Und mit der erarbeiteten Lösung habe man dies endgültig beerdigt, ist er sich sicher. Auch sei es wichtig, dass die Stadt Karlsruhe und die Fraktionen auf das nun aufgetretene Thema der Vierspurigkeit hinweisen und diese Verbindungsstraße nur zweispurig ausgebaut werde.

Kurze Diskussion entsteht noch um eine Beschlussformulierung, die der Vorsitzende vorträgt. Zum Thema Vierspurigkeit hält es beispielsweise Ortschaftsrat Detlef Hofmann noch zu verfrüht in dem langwierigen Verfahren Stellung zu beziehen – vielmehr sei es wichtig, jetzt die vom Ortschaftsrat vorgeschlagene Variante prüfen zu lassen. Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht ist der Meinung, dass vom Ortschaftsrat eine vierspurige Ausführung nicht zu beeinflussen sei.

Dazu schlägt der Vorsitzende einen Kompromiss in Form einer Anmerkung vor, die beinhalte, dass der Neureuter Ortschaftsrat keinen vierspurigen Ausbau befürworte.

Es kommt einstimmig zum

Beschluss:

Der Neureuter Ortschaftsrat beantragt beim Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe den vorliegenden Planungsentwurf fachlich durch das Stadtplanungsamt der Stadt Karlsruhe ausarbeiten zu lassen und diesen hiernach in die entsprechenden Gremien zu transportieren:

Mit der Anmerkung, dass der Neureuter Ortschaftsrat keinen vierspurigen Ausbau befürwortet.

Zu Punkt 8 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

8.1 Der Vorsitzende:

- begründet nochmals sein Einschreiten bei der Wortmeldung von Ortschaftsrat Dieter König. Er möchte in keiner Weise die Anträge der FDP-Fraktion untergraben oder nicht berücksichtigen. Jedoch seien ihm die Antrag am 10.04.18 und eine Ergänzung am 11.04.18 zugegangen. Da sei die Tagesordnung zu heutigen Sitzung bereits festgestanden. Er will diese wichtigen Punkte auch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen und zwar am 8. Mai.
- Ergänzend zur Verpflichtung des neuen Ortschaftsrates teilt der Vorsitzende mit, dass die Grünen-Fraktion entschieden habe, den Fraktionsvorsitz ab sofort mit Frau Dr. Dorothea Hansis zu besetzen. Stellvertreterin ist Frau Karin Heidke. Über die Besetzung der Ausschüsse werde das Gremium am 8. Mai befinden. Auch hier habe die Zeit nicht mehr ausgereicht, um dies auf die heutige Tagesordnung zu setzen.
- Alle Bekanntgaben gehen den Ortschaftsräten morgen als pdf in schriftlicher Form zu.
- Am 8. Mai wird das Juryergebnis „Rahmenplan Zentrum III“ dem Ortschaftsrat vorgestellt. Ab 3. Mai werden die Siegerentwürfe im Rathaus Neureut ausgestellt werden. Ebenfalls in der Sitzung am 8. Mai, im nicht öffentlichen Teil, werde man sich über die Erschließungsbeiträge im Bereich Vogelsiedlung unterhalten. Gleichzeitig sei auch ein Vertreter des

Liegenschaftsamtes anwesend. Hier bestehe auch die Möglichkeit, das Umlegungsverfahren für Zentrum III eventuell vorzustellen. Hierzu könne sich das Gremium nun rechtzeitig Gedanken machen.

- Auf eine zurückliegende Anregung von Ortschaftsrat Jürgen Marin sei das Eingangsschild am Rathaus bereits erneuert worden.
- Es sind Einladungen aufgelegt von: Pfarrer Lüttinger und Pfarrer Würfel, dem neuen Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde Neureut Nord.
- Am kommenden Samstag findet die Einweihung des neuen Beachvolleyballfeldes in der Heide statt, wozu die Flyer an den Ortschaftsrat verteilt wurden. Dieser sei herzlich zur Einweihung um 14 Uhr eingeladen.
- Der Ortsvorsteher befindet sich vom 27.04.-04.05.2018 in Urlaub. Die Vertretung übernimmt Ortschaftsrat Harald Denecken.

Zu Punkt 9 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

- 9.1 Ortschaftsrat Dieter König** zeigt volles Verständnis dafür, dass der Vorsitzende auf die Geschäftsordnung achte und freut sich darauf, dass sich der Antrag als Tagesordnungspunkt bei der Sitzung am 8. Mai wiederfinde. Man habe dann noch Zeit, das Thema zu behandeln, dass es noch in den Doppelhaushalt kommen könne.
- 9.2 Ortschaftsrat Klaus Bluck** urteilt, dass die Überquerungshilfe, die seit einer Woche in der Welschneureuter Straße für den Verkehr freigegeben ist, funktioniere, auch um die Geschwindigkeit dort zu reduzieren. Dies habe sich drastisch verändert. Er empfiehlt, am anderen Stellen ähnlich zu verfahren.
- 9.3 Ortschaftsrat Herbert Böllinger** berichtet von Bauarbeiten der Stadtwerke Karlsruhe im Bereich Wildpark mit Absperrungen, Einschränkungen des Verkehrs etc., worüber die Anwohnenden nicht informiert worden seien. Es handle sich dabei, was Nachforschungen ergeben haben, um Verlegungen von neuen elektrischen Leitungen für den Waschpark. Auf Nachfrage sei auch die Ortsverwaltung nicht informiert gewesen.
- Bei der Jahreshauptversammlung des Bürgervereins Heide, bei der ein Vertreter der Stadtwerke anwesend war, und über Elektromobilität und dringend benötigten Tankstationen berichtete, sei unter anderem aus dem

Publikum angeregt worden, eine Elektrotankstelle bei Aldi einzurichten, um zu verhindern, dass mehrmals Straßen aufgerissen werden. Wäre die Ortsverwaltung bzw. Ortschaftsrat früher davon informiert worden, hätte ein entsprechender Vorschlag zu den oben angeführten Bauarbeiten gemacht werden können. Böllinger bittet darum, dass die Ortsverwaltung bei den Stadtwerken darauf dränge, rechtzeitig zu Baumaßnahmen informiert zu werden. Jetzt sei die Straße leider bereits wieder geschlossen. Die Ortsverwaltung möge mit den Stadtwerken Kontakt aufnehmen.

9.4 Ortschaftsrätin Karin Heidke informiert

- über verängstigte Mütter im Zusammenhang mit der neu installierten Querung in der Welschneureuter Straße, die sich nun sorgen weil kein Zebrastreifen und keine Ampel vorhanden sei und wünscht, dass in den "Neureuter Nachrichten" darüber nochmals berichtet werde. Sie habe die Mütter gebeten, die Ortsverwaltung dazu anzusprechen.
- auch in der Moldaustraße haben die Stadtwerke gebaut und die Stichstraße Zypressenweg nicht mehr angefahren werden konnte - ohne die Anlieger zu informieren. Es scheint üblich zu sein, wenn die Stadtwerke bauen, dass die Umgebung nicht informiert werden müsse.
- Die Fußgängerampel an der Linkenheimer Landstraße / BNN habe mindestens zwei Mal für 4-5 Zyklen nicht umgeschaltet.

Antwort:

Hinsichtlich der Bauarbeiten in Heide sei auf Nachfrage bei den Stadtwerken geantwortet worden, dass die Anwohner mit einem Infoblatt unterrichtet worden sind.

In Zusammenhang mit dem Thema „**Querungshilfe in der Welschneureuter Straße**“ gibt es weitere Beiträge:

Ortschaftsrat Harald Denecken berichtet über Anfragen/Beschwerden von Eltern wegen der neuen Querungshilfe. Diese werden von Eltern der Schüler, die ins Gymnasium fahren, kritisch gesehen. Die Schüler nutzen den direkten Weg, es gebe einiges zu modifizieren. Die Ampel sei

weggefallen. Die Fraktionen sollen die Situation vor Ort betrachten. Eventuell sollte man dort messen, Es handle sich bei der Querungshilfe um ein schönes, aber kritisches Bauwerk.

Antwort:

Die Ortsverwaltung werde sich ein Protokoll, das die Geschwindigkeiten messe, zur Verfügung stellen lassen. Die Ortsverwaltung werde die Anregungen bzw. Bedenken an die zuständige Straßenverkehrsbehörde weitergeben. Der Ortschaftsrat habe ein Antragsrecht, die Fachleute sollen überprüfen.

Ortschaftsrat Dieter König empfindet die Querungshilfe dagegen als optimal.

Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber fragt nach, ob hier die Anbringung eines Zebrastreifens möglich sei?

Antwort:

Die Anregung wird der Straßenverkehrsbehörde zur Überprüfung weitergegeben.

Ortschaftsrat Karsten Lamprecht teilt Bedenken hinsichtlich des Umbaus. Er habe sich dagegen ausgesprochen, weil dadurch die Ampel entfallen sei. Die Schüler nutzten den kürzesten Weg. Die Einfädelung der Fahrradfahrer führe über den Bordstein. Hierdurch kann es zu gefährlichen Situationen kommen. Die Bordsteinabsenkung sei nicht optimal gelöst, das Bauwerk nicht sonderlich gelungen.

Antwort:

Überprüfung durch die Fachbehörde zum Themenbereich „Querung Welschneureuter Straße“ soll erfolgen und darüber berichtet werden.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: